

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift über die 10. Sitzung des Hauptausschusses öffentlicher Teil

Merseburg, 18.05.2026

Die Sitzung fand statt:

Datum:	30.04.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:00 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	19:12 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Sebastian Müller-Bahr	Ausschussvorsitzender
Uwe Darnstädt	Mitglied
Dr. Steffen Eichner	Mitglied
Michael Hayn	Mitglied
Holm Kluknavsky	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Matthias Kreisel	Mitglied
Bernd Seifert	Mitglied
Roland Striegel	Mitglied
Daniel Wald	Mitglied

Nicht anwesende Mitglieder:

Michael Finger	vertreten durch Frau Dr. Czikowsky
----------------	---------------------------------------

Als Gäste sind anwesend:

Thomas Albrecht	SB Sitzungsdienst
Peter Heuer	
Ulrike Findeisen	Geschäftsbereichsleiterin III
Guido Lukesch-Heinicke	Ortsbürgermeister Kötzschen
Florian Schüler	Amtsleiter Amt für Jugend und Sport
Enrico Sempert	
Tino Haring	Fraktion SPD/Bündnis DIE GRÜNE
Marcus Jeremis	

Tagesordnung

TOP	Thema
------------	--------------

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung

- | | |
|-----|---|
| 1.1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 1.2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung |
| 1.3 | Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung |

2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

- | | |
|------|---|
| 2.1 | Einwohnerfragestunde |
| 2.2 | Annahme einer zweckgebundenen Spende der Saalesparkasse
024/BV/26 |
| 2.3 | Annahme von Zuwendungen über 2.000 EUR für ein Konzert im Rahmen der Merseburger DomMusik 2026 von der Stiftung Zukunft Spergau
026/BV/26 |
| 2.4 | Mitgliedschaft Landeszooverband Sachsen-Anhalt e.V.
030/BV/26 |
| 2.5 | Berufung in den Aufsichtsrat der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH (SG SAS)
032/BV/26 |
| 2.6 | Abschluss der "Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen" unter Mitwirkung des Historischen Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Merseburg
029/BV/26 |
| 2.7 | Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim" des Kirchenvorstand-Träger e.V.
023/BV/26 |
| 2.8 | Fraktionsmittelsatzung
011/BV/26 |
| 2.9 | Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen
053/BV/25 |
| 2.10 | Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder |
| 2.11 | Informationen der Stadtverwaltung |
| 2.12 | Schließung der Sitzung |

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Müller-Bahr eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 11 von 11 Stimmberechtigten Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Müller-Bahr fragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Müller-Bahr sagt, dass man heute zwei öffentliche Niederschriften zu bestätigen hat. Es handelt sich um die öffentlichen Niederschriften vom 11.12.2025 und 26.02.2026. Er fragt, ob es Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 11.12.2025 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die öffentliche Niederschrift abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Die öffentliche Niederschrift vom 11.12.2025 wird einstimmig bestätigt.

Herr Müller-Bahr fragt, ob es Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 26.02.2026 gibt.

Herr Striegel weist auf Seite 5 der Niederschrift hin. Dort gehe es um „Leuna III“ sowie die verkehrstechnische Anbindung mit S-Bahn-Haltestelle und Schienenanschluss. Die genannten Ortsbezeichnungen seien aus seiner Sicht fehlerhaft. Er kenne weder einen „Stärker Weg“ noch eine Ortslage „südlich der Heide“. Vermutlich sei „südlich der Halde“ gemeint.

Herr Müller-Bahr bestätigt die Korrektur. Außerdem stellt er klar, dass der „Spergauer Weg“ gemeint sei. Er fragt, ob es weitere Anmerkungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die öffentliche Niederschrift unter Berücksichtigung der genannten Korrekturen abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Die öffentliche Niederschrift vom 26.02.2026 wird unter Berücksichtigung der genannten Korrekturen einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung**TOP 2.1 Einwohnerfragestunde**

Herr Müller-Bahr eröffnet die Einwohnerstunde um 18:03 Uhr. Er fragt, ob es Fragen aus der Einwohnerschaft gibt. Er erteilt Einwohner 1 das Wort.

Einwohner 1 fragt, nach der Erneuerung einer abgefahrenen Straßenlaterne an der Gartenanlage „Gut Grün“ gegenüber dem Netto-Markt. Die Laterne sei vor etwa einer Woche beschädigt worden.

Herr Müller-Bahr gibt das Wort an Herrn Lukesch-Heinicke.

Herr Lukesch-Heinicke sagt, dass die Erneuerung im Juli vorgesehen sei.

Einwohner 1 stellt eine weitere Frage zum ehemaligen Wettiner Hotel. Gegenüber dem Autohaus Rudolph an der B91 befinde sich weiterhin eine Werbetafel für das Hotel, obwohl dieses seit Jahren nicht mehr existiere.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass dies geprüft werde. Vermutlich handele es sich um Privatgelände. Die Angelegenheit werde aber an die zuständige Stelle weitergegeben. Er fragt, ob es weitere Fragen aus der Einwohnerschaft gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 18:05 Uhr.

TOP 2.2 Annahme einer zweckgebundenen Spende der Saalesparkasse

Herr Müller-Bahr informiert über eine Spende der Saalesparkasse in Höhe von 2.250 Euro. Die Mittel seien für das Sportfest für Menschen mit Handicap sowie für das Inklusionsfest vorgesehen. Er fragt, ob Fragen bestehen. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

Herr Müller-Bahr bedankt sich bei der Saalesparkasse für die regelmäßige Unterstützung der Veranstaltungen.

TOP 2.3 Annahme von Zuwendungen über 2.000 EUR für ein Konzert im Rahmen der Merseburger DomMusik 2026 von der Stiftung Zukunft Spergau

Herr Müller-Bahr informiert über eine Spende der Stiftung Zukunft Spergau in Höhe von 2.000 Euro zugunsten der Merseburger Dommusik. Er weist darauf hin, dass die Veranstaltung demnächst stattfinde und nähere Informationen im Internet verfügbar seien. Er fragt, ob Redebedarf besteht. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.4 Mitgliedschaft Landeszooverband Sachsen-Anhalt e.V.

Herr Müller-Bahr erläutert die geplante Mitgliedschaft im Landestierverband Sachsen-Anhalt. Bereits im Bauausschuss habe Frau Drechsel darüber informiert. Ziel sei unter anderem der fachliche Austausch, die Nutzung von Weiterbildungsangeboten sowie Unterstützung im Zusammenhang mit der Sanierung des Tierparks. Zudem ermögliche der Verband die Unterbringung und den Austausch von Tieren zwischen Einrichtungen. Die jährlichen Kosten betragen rund 150 Euro. Er fragt, ob Redebedarf besteht. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.5 Berufung in den Aufsichtsrat der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH (SG SAS)

Herr Müller-Bahr informiert über die Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds in die Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd. Bisher sei Uwe Arendt von der AfD-Fraktion entsandt worden. Aufgrund der Regelungen im Gesellschaftsvertrag sei nun eine erneute Bestätigung durch den Rat erforderlich. Er fragt, ob Redebedarf besteht. Dies ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung über die weitere Entsendung von Herrn Arendt.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung im Stadtrat am 07.05.2026.

TOP 2.6 Abschluss der "Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen" unter Mitwirkung des Historischen Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Merseburg

Herr Müller-Bahr informiert über die Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung von Archiven und Bibliotheken in Notfällen, beispielsweise bei Brand- oder Katastrophenfällen. Die Vereinbarung sei gemeinsam mit dem Landkreis erarbeitet worden und soll unterzeichnet werden. Er fragt, ob Redebedarf besteht. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung im Stadtrat am 07.05.2026.

TOP 2.7 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim" des Kirchenvorstand-Träger e.V.

Herr Müller Bahr ruft die Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim" des Kirchenvorstand-Träger e.V. auf und fragt, ob Redebedarf besteht. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	4

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung im Stadtrat am 07.05.2026

TOP 2.8 Fraktionsmittelsatzung

Herr Müller-Bahr leitet in die Beratung zur Fraktionsmittelsatzung ein. Das Thema sei bereits im Finanzausschuss ausführlicher diskutiert worden. Die Verwaltung habe ursprünglich eine neue Fraktionsmittelsatzung vorgelegt, da aufgrund gesetzlicher Änderungen eine Neuregelung erforderlich geworden sei. Im Verlauf der Ausschussberatungen sei jedoch auch die Möglichkeit erörtert worden, vollständig auf eine Fraktionsmittelsatzung zu verzichten. In diesem Zusammenhang sei vorgeschlagen worden, die bisher für Fraktionsmittel vorgesehenen Gelder stattdessen über eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung direkt an die Stadträtinnen und Stadträte auszuzahlen. Die Verwaltung habe berechnet, dass dies einer Erhöhung um 12 Euro pro Monat entsprechen würde. Er erläutert den vorgesehenen Ablauf:

1. Abstimmung über die neue Fraktionsmittelsatzung
2. Empfehlung zur Aufhebung der bisherigen Satzung
3. Abstimmung über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung

Herr Striegel erklärt, dass er ausdrücklich den Vorschlag unterstütze, die bestehende Satzung auslaufen zu lassen und die Mittel direkt den Stadträten zur Verfügung zu stellen. Die Fraktionen könnten interne Regelungen selbst treffen. Dies sei ein Beitrag zum Bürokratieabbau.

Herr Müller-Bahr begrüßt diese Überlegung und bedankt sich im Namen der Verwaltung. Der Wegfall der Satzung bedeute eine deutliche Vereinfachung.

Herr Kreisel schließt sich an. Er berichtet aus seiner Erfahrung als Schatzmeister einer Fraktion, dass die Verwaltung der Fraktionsmittel mit erheblichem Aufwand verbunden sei. Für die Fraktionsarbeit würden zwar weiterhin finanzielle Mittel benötigt, diese könnten jedoch innerhalb der Fraktionen flexibler eingesetzt werden. Für die Stadt entstünden dadurch keine höheren Kosten.

Herr Müller-Bahr fragt, ob weitere Fragen oder Anmerkungen bestehen. Er lässt nun einzeln über die genannten Punkte zur Fraktionsmittelsatzung abstimmen.

1. Abstimmung – neue Fraktionsmittelsatzung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	11
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Ablehnung der Fraktionsmittelsatzung.

2. Abstimmung – Aufhebung der bisherigen Satzung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Aufhebung der bisherigen Satzung.

3. Abstimmung - Erhöhung der Aufwandsentschädigung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	4
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich die Erhöhung der Aufwandsentschädigungssatzung.

TOP 2.9 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen

Herr Müller-Bahr ruft den Tagesordnungspunkt zur Rekommunalisierung der Kindertageseinrichtungen auf. Er verweist darauf, dass hierzu bereits zahlreiche Diskussionen und Entscheidungen stattgefunden hätten und allen Anwesenden die Hintergründe bekannt seien. Vor Beginn der Beratung erteilt er der SPD-Fraktion beziehungsweise dem Finanzausschuss das Wort, da dort zuletzt über den Antrag beraten worden sei.

Herr Turré sagt, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion in der Fassung zur Abstimmung gestellt werden solle, die zuvor im Finanzausschuss beschlossen worden sei. Er schlägt vor, den Änderungsantrag absatzweise abstimmen zu lassen, wie bereits in den vorherigen Ausschüssen praktiziert. Dadurch sei gewährleistet, dass der Abstimmungsgegenstand identisch bleibe. Weiter führt er aus, dass der Änderungsantrag weitergehender sei als die ursprüngliche

Vorlage. Er enthalte zum einen die Forderung, die betreffenden Kindertageseinrichtungen konkret zu benennen, und zum anderen die klare Zielstellung, einen Eigenbetrieb einzurichten.

Herr Müller-Bahr bedankt sich für die Einführung des Änderungsantrages der Fraktion SPD/Bündnisgrüne vom 18.09.2025 und fragt nach weiterem Rede- oder Austauschbedarf.

Frau Dr. Czikowsky beantragt – wie bereits im Finanzausschuss –, im dritten Absatz des Änderungsantrages den zweiten Satz zu streichen.

Herr Müller-Bahr erläutert den beantragten Änderungsinhalt. Der zu streichende Satz lautet:

„Es wird ein Vorschlag zur Auswahl von einzelnen, strategisch bedeutsamen Referenzeinrichtungen vorgelegt, welche durch den Eigenbetrieb betrieben werden soll.“

Nach der Änderung würde der dritte Absatz nur noch lauten:

„Hierzu wird die Stadtverwaltung beauftragt, einen Eigenbetrieb Kindertagesstätten zu gründen.“

Er fragt, ob Redebedarf zu diesem Änderungsantrag besteht. Dies ist nicht der Fall. Er schlägt eine kurze Beratungspause vor und unterbricht die Sitzung um 18:20 Uhr.

Die Sitzung wird um 18:26 Uhr fortgesetzt.

Herr Müller-Bahr erteilt Herrn Kreisel das Wort.

Herr Kreisel erklärt, dass letztlich alle Beteiligten ein ähnliches Ziel verfolgen und lediglich nach einer tragfähigen Lösung suchen. Dies könne nur in einem Kompromiss bestehen. Er führt aus, dass der strittige Satz im dritten Absatz Teil dieses Kompromisses sei. Man sei sich weitgehend einig, dass die bestehenden Verträge auslaufen und ein Eigenbetrieb gegründet werden solle. Dies entspreche auch Empfehlungen aus Gesprächen mit der Stadt Wittenberg. Zugleich müsse man nach Gründung des Eigenbetriebes eine Einschätzung der Verwaltung und des Eigenbetriebes erhalten, welche Kapazitäten tatsächlich vorhanden seien. Falls nicht alle Einrichtungen übernommen werden könnten, müsse darüber erneut beraten werden. Deshalb halte er den zweiten Satz im dritten Absatz weiterhin für sinnvoll.

Herr Müller-Bahr bedankt sich für die Erläuterung und fragt Frau Dr. Czikowsky, ob sie ihren Änderungsantrag aufrechterhalte.

Frau Dr. Czikowsky bestätigt dies.

Herr Müller-Bahr stellt den Änderungsantrag von Frau Dr. Czikowsky zur Abstimmung, den zweiten Satz im dritten Absatz zu streichen:

„Es wird ein Vorschlag zur Auswahl von einzelnen strategisch bedeutsamen Referenzeinrichtungen vorgelegt, welche durch den Eigenbetrieb betrieben werden sollen.“

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	6
Enthaltungen	0

Der Änderungsantrag von Frau Dr. Czikowsky wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend kehrt der Ausschuss zur ursprünglichen Fassung des Änderungsantrages zurück, wie dieser bereits im Finanzausschuss am 23.04.2026 beraten wurde.

Herr Müller-Bahr lässt über die vier Punkte einzeln abzustimmen, wie bereits im Finanz- und Bildungsausschuss praktiziert.

Der erste Punkt lautet:

„Die Leihverträge der Träger Kinderland Merseburg gGmbH zum 31.12.2028 und SBA AWO gGmbH zum 31.12.2029 nicht fortzuführen.“

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

Dem ersten Absatz wird mehrheitlich zugestimmt.

Der zweite Punkt lautet:

„Um eine möglichst gute Kostensicherheit im Produkt Kindertagesstätten zu erhalten, sind Kindertageseinrichtungen in städtische Trägerschaft zu überführen.“

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	1

Dem zweiten Punkt wird mehrheitlich zugestimmt.

Der dritte Punkt lautet:

„Hierzu wird die Stadtverwaltung beauftragt, einen Eigenbetrieb Kindertagesstätten zu gründen. Es wird ein Vorschlag zur Auswahl von einzelnen strategisch bedeutsamen Referenzeinrichtungen vorgelegt, welche durch den Eigenbetrieb betrieben werden sollen.“

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	5

Dem dritten Punkt wird einstimmig zugestimmt.

Der vierte Punkt lautet:

„Der Betrieb aller übrigen Einrichtungen sind im Rahmen üblicher Vergabeverfahren mittelfristig, maximal fünf Jahre, auszuschreiben.“

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	5

Dem vierten Punkt wird einstimmig zugestimmt.

Herr Müller-Bahr stellt fest, dass damit alle vier Punkte des Änderungsantrages beschlossen wurden. Der ursprüngliche Antrag müsse daher nicht mehr abgestimmt werden. Er bedankt sich bei allen Beteiligten für die intensive und sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

TOP 2.10 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie auf die nicht öffentlichen Teile fremder Ausschüsse keinen Zugriff habe. Sie könne lediglich die Unterlagen des Finanzausschusses einsehen. Da es Vertretungsregelungen gebe, bittet sie darum, dies technisch zu prüfen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass alle Stadträtinnen und Stadträte Zugriff auf die nicht öffentlichen Teile sämtlicher Ausschüsse haben müssten. Die Bitte sei daher berechtigt. Er beauftragt Herrn Albrecht dies zu prüfen, ob die entsprechenden Berechtigungen technisch korrekt hinterlegt seien.

Frau Krause fragt, weshalb ihre Fraktion nicht über die Sitzung des Kinderstadtrates informiert worden sei. Die Sitzung habe am Dienstag stattgefunden.

Herr Müller-Bahr sagt, dass grundsätzlich keine Stadträte zum Kinderstadtrat eingeladen würden, da es sich um eine reine Kinderveranstaltung handle. Neben Lehrkräften seien lediglich Vertreter des Fachamtes anwesend. Es würden zudem keine formellen Beschlüsse gefasst.

Frau Krause sagt, dass zuvor gesagt worden sei, dass aus jeder Fraktion eine Person teilnehmen könne.

Herr Müller-Bahr sagt, dass er dies möglicherweise übersehen hat. Tatsächlich sei keine Fraktion eingeladen worden. Er bittet dies zu entschuldigen. Künftig soll zumindest eine Information an die Fraktionsvorsitzenden erfolgen.

Frau Krause fragt nach dem rechtlichen Stand ihres Ausschussvorsitzes. Herr Striegel habe im Ausschuss darauf hingewiesen, dass die Wahl beziehungsweise Benennung formal nicht korrekt erfolgt sei.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Angelegenheit gemeinsam mit der Kommunalaufsicht geprüft worden ist. Dabei habe sich ergeben, dass die Ausschussbesetzungen formal durch einen ausdrücklichen Beschluss festgestellt werden muss. Die bisherige Praxis, wonach Fraktionen Vorschläge machten und der Stadtrat diese stillschweigend akzeptierte, genüge rechtlich nicht. Daher werde im Stadtrat ein gesonderter Tagesordnungspunkt aufgenommen, um sämtliche Ausschussbesetzungen und Vorsitzfunktionen formal korrekt zu beschließen. Er betont, dass dies nicht nur Frau Krause betreffe, sondern alle Mitglieder der Ausschüsse.

Herr Striegel sagt, dass er nicht gegen Frau Krauses Vorsitz Einwände erhoben habe, sondern lediglich gegen das Verfahren. Er fragt, nach dem aktuellen Stand zur Christianenstraße und zur Ansiedlung eines Nahversorgers.

Herr Müller-Bahr sagt, dass sich der Investor weiterhin mit dem EDEKA-Konzern über geänderte Konzepte austausche. Zudem gibt es neue beziehungsweise geänderte Bauanfragen. Nach aktuellem Kenntnisstand laufen weiterhin Verhandlungen zwischen Eigentümer, Investor und Konzern.

Herr Striegel spricht die Neuansiedlung von Lidl und Rewe an. Er bittet die Verwaltung, die fußläufigen Wegebeziehungen zu überprüfen. Für Autofahrer und Radfahrer sei das Gelände gut erreichbar, für Fußgänger jedoch nicht überall. Teilweise Ende der Fußweg vor Grünflächen oder Stellplatzanlagen, sodass Personen auf die Straße ausweichen müssten. Er bittet darum, insbesondere die Bereiche Rossmarkt und Brühl nochmals zu prüfen, damit Fußgänger, Rollstuhlfahrer oder Personen mit Kinderwagen sicher zu den Märkten gelangen könnten.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass hierzu bereits vor einiger Zeit eine Begehung stattgefunden habe. Dabei sei festgestellt worden, dass einzelne Straßenbereiche sehr schmal seien und kein zusätzlicher Fußweg eingerichtet werden könne.

Herr Striegel konkretisiert seine Hinweise und verweist auf Stellen, an denen Fußwege unvermittelt endeten und Fußgänger gezwungen seien, auf die Fahrbahn auszuweichen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Hinweise gemeinsam mit der Verwaltung geprüft werden sollen. Die vorhandenen Protokolle aus den früheren Begehungen sollen nochmals ausgewertet werden.

Herr Striegel erklärt, dass der Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Tourismus zur Partnerschaft für Demokratie getagt habe und das Ergebnis bekannt sei. Mit diesem Ergebnis könne er jedoch nicht gut leben. Er erinnert daran, dass der Stadtrat der Partnerschaft für Demokratie seine Zusammenarbeit signalisiert habe. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen könne diese Zusammenarbeit derzeit jedoch nicht sinnvoll fortgeführt werden. Die zuletzt vorgeschlagenen Nachrücker seien nicht bestätigt worden. Er kündigt deshalb für seine Fraktion einen Antrag gemäß § 46 Absatz 2 KVG an. Danach solle der Stadtrat die Angelegenheit wieder an sich ziehen und die Entscheidung des beschließenden Ausschusses überprüfen. Er bittet darum, das Thema nicht in der nächsten, sondern in der darauffolgenden Stadtratssitzung am 02.07.2026 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass der Antrag aufgenommen und an den Stadtratsvorsitzenden weitergegeben werde.

Herr Kluknavsky fragt nach dem Stand des geplanten Radschnellweges von Merseburg zum Geiseltalsee.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die Stadt hierzu derzeit mit dem Landkreis im Austausch stehe. Der Landkreis habe vorgeschlagen, sowohl die Verbindung zum Geiseltalsee als auch den Rundweg um den See als gemeinsames Projekt zu planen und auszuschreiben. Dadurch könne die Planungs- und Steuerungsarbeit der Stadt reduziert werden. Die Stadt müsse jedoch weiterhin einen Eigenanteil in Höhe von zehn Prozent tragen, sofern Fördermittel in Höhe von 90 Prozent bewilligt würden. Weiter erklärt er, dass bereits eine Machbarkeitsstudie beauftragt worden sei. Diese werde durch den Landkreis mit einem Umfang von rund 16.000 Euro durchgeführt. Sobald Ergebnisse vorlägen, solle das Projekt im Bauausschuss vorgestellt werden.

Herr Kluknavsky regt zusätzlich an, einen weiteren Fahrradweg von der Christianenstraße bis zum Kaufland auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu prüfen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Anregung an die zuständige Verkehrsplanerin weitergegeben werde. Im Rahmen des Radwegekonzeptes würden ohnehin sämtliche bestehenden und möglichen Radwege betrachtet werden.

Herr Seifert spricht die zunehmenden Schmierereien im Stadtgebiet an. Besonders betroffen seien Bereiche am Reisebüro Rackow, entlang der Straßenbahnlinie Richtung Finanzamt sowie weitere Straßenzüge. Er sagt, dass das Problem der Sauberkeit ohnehin bereits schwierig sei und man sich dem Thema verstärkt widmen müsse.

Herr Müller-Bahr bestätigt, dass die Zahl der Schmierereien mit Beginn der wärmeren Jahreszeit regelmäßig zunehme. Die Stadt versuche, durch regelmäßige Kontrollen und schnelle Beseitigung gegenzusteuern. Besonders die Innenstadt, der Gotthardteich, die Grüne Brücke sowie die Klia-Platte würden regelmäßig kontrolliert. Dort würden Schmierereien meist innerhalb von ein bis zwei Tagen entfernt. In weiter entfernten Bereichen der Stadt sei die Situation schwieriger zu bewältigen. Auch an der Goethe-Schule seien erneut größere Schmierereien festgestellt worden.

Herr Hayn ergänzt, dass ihm aufgefallen sei, dass viele Schmierereien offenbar denselben Schriftzug oder Namen enthielten. Dies lasse vermuten, dass ein Großteil der Vorfälle auf dieselben Personen oder Gruppen zurückzuführen sei.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die betreffenden Personen der Polizei zum Teil bekannt seien. Ein Schriftzug allein stelle jedoch keinen rechtssicheren Beweis dar. Nach Kenntnis der Polizei handle es sich nur um wenige Personen, die für einen großen Teil der Schmierereien verantwortlich seien.

Herr Striegel schildert einen Vorfall im Schlossgarten. Zwei Jugendliche seien mit einem Moped durch den Schlossgarten bis zu einem Aussichtspunkt am Wehr gefahren, um dort den Nachmittag zu verbringen. Er habe die Jugendlichen angesprochen und darauf hingewiesen, dass dort weder Radfahren noch Mopedfahren erlaubt sei. Die Situation habe sich zunächst angespannt entwickelt. Er habe daraufhin angekündigt, das Kennzeichen zu fotografieren und die Situation zu dokumentieren. Nach längerer Diskussion hätten die Jugendlichen das Moped schließlich aus dem Schlossgarten herausgeschoben. Im Gegenzug habe er die angefertigten Fotos gelöscht. Im Zusammenhang mit dem Vorfall weist er darauf hin, dass die entsprechende Beschilderung im Bereich nahe Schlossgartensalon beziehungsweise rechter Orangerie fehle. Die Halterung sei noch vorhanden, das Schild jedoch nicht mehr. Er bittet darum, die Beschilderung zu erneuern, da dadurch die Durchsetzung der Regeln erleichtert werde.

Herr Müller-Bahr bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass das Schild überprüft und gegebenenfalls ersetzt werde.

Herr Kreisel fragt nach dem aktuellen Stand zur Marktgalerie Merseburg. Von außen sei weiterhin kein Fortschritt erkennbar.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass sich im Hintergrund weiterhin intensive Gespräche und Abstimmungen vollzogen werden. Noch am selben Tag habe es hierzu erneut Beratungen gegeben. Für die Marktgalerie liege inzwischen ein neues Konzept vor, das derzeit mit belastbaren Zahlen untersetzt werde. An den Gesprächen seien Investoren, Eigentümer, Finanzierer und potenzielle Betreiber beteiligt. Nach seinen Einschätzungen habe man zuletzt deutliche Fortschritte erzielt. Er weist jedoch darauf hin, dass sich das Projekt weiterhin in einem Stadium befinde, in dem noch nicht öffentlich über Details gesprochen werden könne. Abschließend betont er, dass trotz fehlender sichtbarer Bautätigkeit weiterhin intensiv an einer Lösung gearbeitet werde. Er fragt, ob es weitere Anfragen oder Anregungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.11 Informationen der Stadtverwaltung

Herr Müller-Bahr informiert darüber, dass zum 1. Mai 2026 eine organisatorische Neuordnung von Leitungsfunktionen innerhalb der Stadtverwaltung vorgesehen sei. Künftig solle Herr Schüler die Leitung des Hauptamtes (Amt 10) übernehmen. Frau Daniela Witzel solle künftig Amtsleiterin des Jugend- und Sportamtes (Amt 80) werden. Grundlage dieser Entscheidung

sei eine erneute organisatorische Bewertung der Verwaltungsstruktur sowie der Aufgaben- und Verantwortungsbereiche. Ziel sei eine an aktuelle Anforderungen angepasste Neuordnung von Leitungsfunktionen sowie die Weiterentwicklung interner Steuerungs- und Arbeitsprozesse. Der Personalrat sei beteiligt worden und habe der Maßnahme zugestimmt. Für weitergehende Detailfragen verweist der Vorsitzende auf den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Informationen aus der Bürgermeisterberatung mit dem Landkreis Vorprüfungsrecht des Vorsitzenden

Herr Müller-Bahr berichtet über Hinweise des Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt zum Vorprüfungsrecht der Vorsitzenden kommunaler Vertretungen und Ausschüsse.

Die Tagesordnung werde durch den Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten bestimmt. Dabei liege ein formelles Vorprüfungsrecht beim Vorsitzenden.

Der Hauptverwaltungsbeamte könne Tagesordnungspunkte nicht eigenständig ablehnen, selbst wenn diese möglicherweise nicht in die Zuständigkeit der Vertretung fielen. Die Beratung müsse zunächst zugelassen werden. Erst nach einem entsprechenden Beschluss könne gegebenenfalls Widerspruch eingelegt werden. Ausnahmen bestünden lediglich bei gesetzlich vorgeschriebenen Anträgen und Anfragen, die zwingend auf die Tagesordnung zu setzen seien.

Umfang des Auskunftsrechts

Weiter informiert der Vorsitzende über Hinweise zum kommunalrechtlichen Auskunftsrecht von Ratsmitgliedern. Das Auskunftsrecht diene der Informationsgewinnung zur Wahrnehmung des Mandats. Fragen müssten daher einen sachlichen Zweck verfolgen und dürften die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen.

Unzulässig seien insbesondere:

- rein rhetorische oder hypothetische Fragen,
- unbegründete Unterstellungen,
- Ausforschungsanträge ohne klare Eingrenzung.

Als Beispiel nennt der Vorsitzende einen Fall aus einer anderen Kommune, in dem sämtliche Termine eines Bürgermeisters mit Wirtschaftsvertretern über fünf Jahre hinweg abgefragt worden seien.

Stand der Jahresabschlüsse

Zum Stand der kommunalen Jahresabschlüsse berichtet der Vorsitzende:

Mit Stand 31.12.2025 hätten im Saalekreis rund 95 Prozent der Kommunen sowie landesweit etwa 83 Prozent den Jahresabschluss 2021 erstellt. Beim Jahresabschluss 2024 hätten die Werte bei etwa 29 Prozent im Landkreis beziehungsweise 34 Prozent landesweit gelegen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stadt Merseburg inzwischen ebenfalls aufgeholt habe.

Bevölkerungsprognose

Weiter wird über die aktualisierte Bevölkerungsprognose informiert. Während für den überwiegenden Teil des Landkreises ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert werde, werde für Merseburg bis 2030 ein Zuwachs von rund 1.553 Einwohnern erwartet. Auch Bad Dürrenberg, Mücheln und Kabelsketal würden leicht positive Entwicklungen aufweisen. Der Vorsitzende erläutert, dass insbesondere Kommunen mit guter ÖPNV-Anbindung an Halle und Leipzig von positiven Entwicklungen profitierten.

Kita-Index des Landkreises

Der Landkreis habe einen sogenannten Kita-Index eingeführt.

Dabei würden Kindertageseinrichtungen anhand von drei gleich gewichteten Kriterien bewertet:

1. Demografie und Nachfragestabilität
2. Personelle und qualitative Stabilität
3. Infrastruktur und Finanzstabilität

Auf dieser Grundlage würden die Einrichtungen in fünf Kategorien von „sehr stabil“ bis „akut gefährdet“ eingeordnet.

Ziel sei es, den Kommunen Hilfestellungen für die Kita-Bedarfsplanung zu geben und frühzeitig Risiken zu erkennen.

Sammlung von Altkleidern

Er informiert weiter, dass die EGS seit April mobile Sammelaktionen für Altkleider durchführe, ähnlich dem Schadstoffmobil. Gerade im ländlichen Raum würden feste Abholzeiten angeboten. Zudem werde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass stark beschädigte Kleidung weiterhin über den Restmüll entsorgt werden dürfe.

Änderungen im Baugesetzbuch („Bauturbo“)

Er informiert über neue Regelungen im Baugesetzbuch, insbesondere zu § 34 Absatz 3b BauGB. Danach könnten bestimmte Bauvorhaben im Innenbereich künftig beschleunigt behandelt werden, auch ohne Bebauungsplan. Voraussetzung sei jedoch ein Beschluss des Stadtrates innerhalb von drei Monaten. Unterbleibe ein Beschluss, könne die Entscheidung durch den Landkreis ersetzt werden. Der Vorsitzende verweist auf frühere vergleichbare Fälle, unter anderem in der Wilhelm-Liebke-Straße. Zusätzlich erwähnt er neue Regelungen des § 246e BauGB zur Wohnbebauung im Außenbereich. Weitere Erläuterungen sollen bei konkreten Anwendungsfällen im Bauausschuss erfolgen. Er informiert ergänzend über die neue Regelung des § 246e Baugesetzbuch zur Wohnbebauung im Außenbereich. Während die zuvor erläuterten Änderungen den Innenbereich und Baulücken betroffen hätten, ermögliche die neue Regelung nun auch privilegierte Wohnbebauung im Außenbereich ohne Bebauungsplan. Er weist darauf hin, dass diese gesetzliche Änderung politisch umstritten sei, da klassische Abwägungsverfahren teilweise umgangen würden. Als Beispiel nennt er sogenannte Splittersiedlungen. Wenn im Außenbereich bereits zwei Häuser vorhanden seien, könne unter Umständen auch ein weiteres Wohnhaus genehmigt werden. Er betont jedoch, dass über konkrete Einzelfälle erst gesprochen werde, wenn entsprechende Vorhaben tatsächlich vorlägen.

Energieakzeptanz- und Beteiligungsgesetz

Er informiert über das Energieakzeptanz- und Beteiligungsgesetz Sachsen-Anhalt sowie die damit verbundenen Einnahmen aus der sogenannten EEG-Umlage. Die Stadt Merseburg sei hierbei gut aufgestellt. Die Mittel dürften ausschließlich für freiwillige Aufgaben verwendet werden und nicht für Pflichtaufgaben. Zudem solle die Verwendung transparent kommuniziert werden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stadt dies bereits vorbildlich umgesetzt habe, indem entsprechende Entscheidungen ausdrücklich durch Beschlüsse geregelt worden seien.

Situation bei AS Property

Er informiert anschließend über die Situation der AS Property, Eigentümerin von Wohnanlagen im Bereich Bergmannsring. Die Bürgerinnen und Bürger seien durch die Stadtwerke Merseburg darüber informiert worden, dass es erneut Zahlungsschwierigkeiten gebe. Teilweise hätten sich betroffene Bewohner bereits direkt an die Verwaltung gewandt. Er erklärt, dass die Stadtwerke erneut an einer Zwischenlösung arbeiteten. Für den 6. Mai sei ein Gespräch mit allen Beteiligten geplant, um eine Übergangsregelung zu organisieren, ähnlich wie bereits in einem früheren Fall. Parallel dazu solle gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft erneut geprüft werden, ob langfristige Lösungen möglich seien. Dabei wolle man auch Gespräche mit finanzierenden Banken führen. Er sagt, dass die Problematik seit dem letzten Vorfall nie vollständig gelöst gewesen sei.

Hinweise zu kommunalrechtlichen Informationen

Herr Striegel bittet darum, die zuvor dargestellten Hinweise zu Zuständigkeiten, Tagesordnungen und Auskunftsrechten allen Stadträten schriftlich zugänglich zu machen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass bereits Gespräche mit dem Stadtratsvorsitzenden über die Nutzung eines neuen Schulungsportals geführt worden seien. Über dieses Portal könnten Informationen, Schulungen und Unterlagen zentral bereitgestellt werden. Geplant seien unter anderem verpflichtende Schulungen zu IT-Sicherheit und Datenschutz. Zusätzlich könnten dort künftig auch rechtliche Hinweise und Präsentationen hinterlegt werden.

Herr Striegel bittet darum, zumindest die wichtigsten Hinweise kurzfristig allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller-Bahr sagt zu, die entsprechenden Präsentationsfolien weiterzugeben.

Hinweise zum Schulungsportal

Herr Turré weist darauf hin, dass für Schulungsplattformen teilweise Lizenzkosten pro Nutzer entstünden. Er bittet darum, mögliche Kosten für zusätzliche Stadtratszugänge im Blick zu behalten.

Herr Müller-Bahr sagt, dass er die genaue Lizenzsituation prüfen lasse.

Nachfrage zum „Bauturbo“

Herr Seifert bittet darum, die Informationen zum sogenannten „Bauturbo“ nochmals schriftlich bereitzustellen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die entsprechenden Folien per E-Mail weitergegeben werden könnten. Die vollständige Präsentation umfasse etwa 90 Folien; relevant seien jedoch nur einzelne Abschnitte. Abschließend weist er nochmals darauf hin, dass die neuen Regelungen vor allem dann verständlich würden, wenn konkrete Fälle behandelt würden.

TOP 2.12 Schließung der Sitzung

Herr Müller-Bahr schließt die öffentliche Sitzung um 19:12 Uhr.

Sebastian Müller-Bahr
Ausschussvorsitzender

Thomas Albrecht
Protokollant